

Medienmitteilung vom 10. November 2015

## Partnerschaft kann man nicht kaufen. Partnerschaft muss man leben.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt (JFBS) erteilten an ihrer Mitgliederversammlung dem 80 Millionengeschenk an Baselland eine Absage. Der Tenor der Mitglieder war klar: Partnerschaft kann man nicht kaufen, sondern muss man leben. Weiter lehnten die JFBS die VCS-Strasseninitiative sowie den diesbezüglichen Gegenvorschlag ab. Die Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes wurde einstimmig, das Taxigesetz hingegen knapp befürwortet.

### Die Parolen im Überblick:

- Strasseninitiative: NEIN, Gegenvorschlag: NEIN, Stichfrage: Gegenvorschlag
- Revision GOG: JA
- Taxigesetz: JA

### Geschenk an Baselland:

Die von den beiden Regierungen vorgeschlagene Zahlung über 80 Millionen wird von den Jungfreisinnigen Basel-Stadt abgelehnt. Es wird anerkannt, dass die Universität Basel als wichtige Bildungsinstitution nicht gefährdet werden darf. Dennoch gelangen die JFBS zum Schluss, dass mit dieser Zahlung vielmehr ein erster Schritt zum Abbau bei den Bildungs- und Kulturinstitutionen geschaffen wird. Es liegen keine Garantien vor, dass ab 2019 die fehlenden 20 Mio. wieder erhöht werden sollen. Viel mehr werden bereits jetzt in BL Stimmen laut diese Zahlungen noch weiter zu kürzen. Mit einer Zahlung würde Basel-Stadt die Büchse der Pandora damit nur unnötig öffnen. Weiter ist ein Sparprogramm in Basel-Stadt bei gleichzeitiger Zahlung von 80 Millionen an das Baselland nur schwerlich nachzuvollziehen. Ebenso sind keinerlei Rückzahlungsmodalitäten in der gemeinsamen Vereinbarung ersichtlich. Dies gilt es durch den Grossen Rat im Fall der Fälle zwingend nachzubessern.

### Referendum:

Die offizielle Ergreifung eines Referendums lehnen die JFBS hingegen ab. Vielmehr ist der Grosse Rat morgen gefordert mit einem NEIN die Regierungen nochmals an den Verhandlungstisch zu beordern. Damit bliebe den Regierungen über eineinhalb Monate Zeit, eine tragfähige Lösung zu finden. Bei der Ergreifung eines Referendums wäre eine solche Nachbesserungsmöglichkeit hingegen faktisch verunmöglicht und wäre wohl gleichbedeutend mit der Kündigung des Univertrags. Dies kann sich jedoch die Region Basel nicht leisten und wäre zum Nachteil aller Beteiligten.

### Freundliche Grüsse

Jungfreisinnige Basel-Stadt

### Weitere Auskünfte:

Carol Baltermia, Präsident, 076 478 63 20